

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1909**

22.4.1909 (No. 109)

# Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 22. April

№ 109

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Fernsprechanschluß Nr. 154), wofür auch Anzeigen in Empfang genommen werden.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M 50 P; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 65 P. Einrückungsgebühr: die gepaltene Beilage oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.

1909

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

## Fürst Bülow über die Reichsfinanzreform.

\* Berlin, 21. April. In der Angelegenheit der Reichsfinanzreform empfing der Reichskanzler gestern Abend im Kongreßsaal des Reichskanzlerpalais die Deputationen aus Bayern, Sachsen, Baden, Württemberg und Thüringen, sowie des Bundes der Industriellen. An dem Empfang nahmen teil: die Staatssekretäre, Staatsminister v. Bethmann-Hollweg und Sydow, sowie die Bevollmächtigten zum Bundesrat der durch die Deputationen vertretenen Staaten. Die Sprecher der Deputationen und die Mitglieder derselben wurden durch Unterstaatssekretär v. Voßell dem Reichskanzler einzeln vorgeführt.

Die Ansprachen der Deputationen leitete als Sprecher der bayerischen Deputierten Unterstaatssekretär a. D. Georg v. Maier ein, indem er darauf hinwies, daß die Unterzeichner des Aufrufes, den er dem Reichskanzler überreichte, durch die Not des Augenblicks in patriotischem Empfinden und Pflichtgefühl zusammengeführt worden seien. Die Anerkennung von Staatsnotwendigkeiten für das Reich erheische gebieterisch Ordnung in den Finanzen nach den Grundätzen der Gerechtigkeit und Zweckmäßigkeit. Der einzig gangbare Weg sei die ausgiebige Entwicklung der Verbrauchsbesteuerung, insbesondere der alkoholischen Getränke und des Tabaks, und gleichzeitig die besondere ausgiebige Besteuerung der Besitzenden mittels der Erbschaftsbesteuerung. Professor Rutte führte aus: Das sächsische Volk ist bereit, schwere Opfer für das Reich zu bringen. Die sächsische nationale Arbeiterpartei will die neuen indirekten Steuern tragen. Die bestehenden Stände Sachsens, welcher Partei sie auch angehören, treten fast ohne Ausnahme für die Erbschaftsbesteuerung ein. Zu dem Reichskanzler hegen wir das Vertrauen, daß die finanzielle Selbständigkeit der Bundesstaaten gewahrt bleiben und die Reichsregierung nicht eher nachgeben wird, als bis ihr die notwendigen Mittel bewilligt worden sind. Graf v. Linden sprach namens der württembergischen Herren und betonte, daß der von ihm verlesene Beschluß der Stuttgarter Versammlung in zwei Tagen über 10 000 Unterschriften gefunden hätte. Geheimrat Engler-Karlsruhe berichtete namens der badischen Bürger, daß auch sie zu den weitgehenden Opfern bereit seien, wenn es sich um eine Existenzfrage des Vaterlands handle. Die thüringische Adresse übergab namens 9000 Thüringern der verschiedensten Berufsstände Professor Dr. Anshütz mit der Bitte, daß die Reichsfinanzreform nach in dieser Session zu Ende geführt werde. Als Sprecher für den Bund der Industriellen führte Geh. Kommerzienrat Wirth aus: Obgleich der Handel und die Industrie zurzeit schwer zu kämpfen haben, sind wir doch dazu bereit, das unsere dazu beizutragen, daß die Reichsfinanzreform zu Stande kommt. Wir sehen aber voraus, daß die neuen Lasten nicht hauptsächlich dem Handel und der Industrie aufgebürdet werden, sondern daß alle Staatsbürger, von den Begüterten alle, ohne Ausnahme, also auch die Landwirtschaft gleichmäßig herangezogen werden. Die Verbrauchssteuern und die Erbschaftssteuer scheinen uns die einzig richtige Möglichkeit zu bieten, dem Reiche die erforderlichen Mittel zu einer dauernden Gesundung der Finanzlage zu verschaffen. Schließlich ergriß für die württembergischen Industriellen Kommerzienrat Heiner-Stuttgart das Wort. Er sprach die Hoffnung auf ein Zusammengehen der Landwirtschaft mit der Industrie aus, und daß die Steuern und Zölle sich mehr der Wohlfahrt der großen Mehrheit der Bevölkerung Deutschlands anpassen möchten.

Auf diese Ansprache erwiderte der

### Reichskanzler Fürst v. Bülow:

Meine Herren! Sie haben sich vereinigt, um mir als dem obersten Beamten des Reiches durch Adressen und mündliche Aussprüche Ihre Sorge um die Reichsfinanzreform kund zu machen. Dabei treten Sie als Wortführer und Vertrauensmänner weiter Schichten des deutschen Volkes auf. Sie sind hier nicht erschienen als Sprecher bestimmter Parteien, weil Sie mit mir und allen, denen das Wohl des Vaterlandes am Herzen liegt, die Reichsfinanzreform nicht als eine Parteifrage betrachten; Sie wollen vielmehr Ihre Kundgebung angehen lassen als eine Mahnung an die Parteien, sich mit dem Gedanken der nationalen Notwendigkeit dieser Reform noch mehr als bisher zu erfüllen und sich von der Einsicht in diese harte Notwendigkeit hinwegtragen zu lassen über Jägerungen, Bedenken und Interessen. Ich sehe aber auch in Ihrer Kundgebung wie in den zahllosen Kundgebungen der letzten Woche eine Reaktion des Volkswillens gegenüber den Versuchen, den Bedürfnissen des Reiches und der Volksgemeinschaft das Interesse bestimmter Gewerbegebiete — ich denke vor allem an den Tabakverein — entgegenzusetzen, welche die zugleich mit einem Terrorismus grenzenden Druck geltend gemacht worden sind und gegen welche, wie ich sehe, die von den Herren aus Bayern überreichte Adresse mit gebührender Entschiedenheit Stellung nimmt. Ich habe ja von allen Seiten gehört, wie die Vertreter dieser Interessen die Öffentlichkeit mit ihrem Widerspruch erfüllen und immer wieder verlangen, daß man sie, gerade sie unter allen Umständen schonen soll, wo doch Ansprüche an die Opferwilligkeit des ganzen Volkes gestellt werden müssen. Es bereitet mir eine wahre Genugung zu, zu sehen, wie sich das öffentliche Gewissen dem Einwirken solcher Unsitte entgegenstellt und ich fühle mich dadurch gestärkt in meinem Vertrauen in den guten Geist des Volkes, der auch diesmal in dieser die Zukunft unseres Volkes so tief angehenden Frage nicht vergeblich angerufen werden wird. Auch ich bin mit den Herren aus Sachsen der festen Überzeugung, daß unser Volk aus der Misere der Vergangenheit gelernt hat, daß es die Kraft des Reiches nicht wie in jenen alten Zeiten gelähmt wissen will durch die finanzielle Ohnmacht, die die Ohnmacht aller staatlichen Betätigung bedeutet. Ein Volk, das wie das unsere an Schaffenskraft und Schaffenslust sich von keinem anderen

übertreffen läßt, kann auch vor schwereren Opfern nicht zurückweichen, wenn es gilt, sich die Schaffensmöglichkeit zu sichern durch eine finanziell gesicherte Reichsgewalt. Mit Recht drängen Sie mich auf eine rasche und gründliche Erledigung der Reichsfinanzreform. Es ist der einmütige Wille der verbündeten Regierungen, die Lösung der Frage nach in dieser Session des Parlaments herbeizuführen. Der Reichstag wird nicht auseinandergehen, bevor er endgültig zur Finanzreform Stellung genommen hat. Wie wird die Reform im einzelnen sich gestalten? Die Herren aus Thüringen halten nach wie vor, wie ihre Adresse betont, die Vorschläge der verbündeten Regierungen für eine im ganzen und großen geeignete Grundlage zur Verständigung. Auch ich, meine Herren, habe mich von dieser Zuversicht nicht abbringen lassen und werde gerade durch den Gang der Erörterungen im Reichstag und in der breiten Öffentlichkeit mehr und mehr darin bestärkt werden. Gewiß werden die verbündeten Regierungen sich auf jedes Stück ihrer Erfolge verstehen.

Nachdem sich leider ergeben hat, daß für die Besteuerung von Gas, Elektrizität und Infraroten keine Mehrheit zu erlangen ist, werden die verbündeten Regierungen diese Steuern fallen lassen müssen. Für die Lücke muß Ersatz geschaffen werden. Ich bin zwar heute noch nicht in der Lage, hierüber bestimmte Mitteilungen zu machen, ich habe aber dahin gewirkt, daß sich die verbündeten Regierungen in den allerersten Tagen endgültig über die Stellung schlüssig machen, die sie zu der Frage der Erbschaftsteuer für die 2. Stellung im Reichstag einnehmen wollen. An den leitenden Gedanken und an den Hauptlinien des großen Werks aber hatten die verbündeten Regierungen fest. Man hat in den letzten Wochen vielfach gehört, eine Hauptfrage bei der Finanzreform bilde das Problem, die Lücke in Sachen der Branntweinbesteuerung und die Rechte in Sachen der Erbschaftssteuer umzugestalten. Gewiß war es ein Fehler, den Vorschlag der verbündeten Regierungen betreffend den Zwischenhandel des Reiches mit Branntwein a limine abzulehnen. Mehr und mehr zeigt die Debatte, daß hier der von der Regierung vorgeschlagene Weg am besten zum Ausgleich führt zwischen den finanziellen Interessen des Reiches und den Interessen der Produzenten. Die doctrinäre Verfestung eines Prinzips kann uns hier nicht weiter bringen. Das Schlagwort: „Wider alle Monopole“ verliert seine Bedeutung im Zeitalter der Kartelle und Trusts. Heute darf die Parole nicht lauten: „Für die unbedingte Gewerbefreiheit und gegen die Monopole“, sondern sie hätte lauten sollen: „Für das Staatsmonopol, nicht das Privatmonopol“, für das Staatsmonopol, das hundert Millionen, die wir als Steuerertrag vom Branntwein allseitig erwarten, am schonendsten aufbringen kann, die jenen Liebesgabe befreit und allen Interessen gleichmäßig gerecht werden würde.

Und wie steht es mit dem Ausbau der Erbschaftssteuer? Hier ist es nicht so sehr die nächtliche Betrachtung der realen Tatsachen gewesen, die große und angesehene Kreise im Lande zu ihrer bisherigen ablehnenden Haltung veranlaßt hat, vielmehr haben Bedenken hineingeklingelt, die einer sorgfältigen Prüfung nicht standhalten sollten. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, und Ihre Kundgebung bestärkt mich darin, daß auch die Landwirtschaft erkennen wird, daß sie sich mit der Ausdehnung der Erbschaftsbesteuerung wird abfinden können. Auf der Nachlasssteuer werden die verbündeten Regierungen nicht bestehen. Da aber der Besitz nach fast allgemeiner Übereinstimmung in der Höhe des aus der Nachlasssteuer veranschlagten Betrages an den neuen Steuern beteiligt sein muß und eine andere gerechte, zweckmäßige und gleich ertragreiche Besteuerung mit besserer Aussicht auf Annahme im Reichstage zurzeit nicht vorgeschlagen werden kann, so wird die Ausdehnung der Abgabe auf die nächsten Verwandten in der Form einer Erbschaftsteuer vorgezogen. Auch der Landwirtschaft nahestehende Autoritäten geben ja zu, daß die vorgeschlagenen Sätze ertragen werden können und daß die landw. Interessen schon in dem Regierungsvorschlag berücksichtigt worden sind. Würden doch 1/2, oder 2/3 der deutschen Landwirte von der Steuer überhaupt nicht getroffen! Die Landwirtschaft sollte auch nicht vergessen, daß sie unter einer Gesetzgebung lebt, die mit der größten Gewissenhaftigkeit ihre gesamten Interessen fördert und im Herzen trägt! Ich persönlich nehme es durchaus nicht leicht, mich in dieser Frage noch im Widerspruch mit manchem alten Freunde zu befinden. Aber auch nach reiflichster Erwägung kann ich von der Auffassung nicht abgehen, daß die erweiterte Erbschaftsteuer ein Opfer an konfessionellen Grundfragen nicht involviert. Ich begreife es, daß große Teile der konservativen Partei zu derselben Auffassung gelangt sind und verweise dafür auf die Beschlüsse der konservativen Partei in Sachsen. Ich meine auch, daß die Stimmen aus dem Mittelstand bei der Rechten des Reichstages nicht ungehört verhallen sollten.

In keiner Weise aber vermag ich die Bedenken zu teilen, daß ein aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenes Parlament wie der Reichstag gerade mit der Erbschaftsteuer Unheil stiften könne. Solange die Sozialdemokratie nicht Bundesrat und Reichstag beherrscht, so lange besteht nicht die Gefahr konfessioneller Ausbeutung dieser Steuer. Sollten aber einmal die Sozialdemokraten die Geschäfte in die Hand nehmen — in den nächsten Jahrzehnten wird man das nicht erleben — so würden die Erbschaften daran glauben müssen, mögen die Sozialdemokraten die Deszendentenbesteuerung vorfinden oder nicht. Mit dem Vorwurf des Sozialismus soll man uns also nicht kommen. Vor dem brauchen wir uns so wenig zu fürchten wie es Fürst Bismarck tat. Ich bleibe also der Überzeugung: Was in den verschiedensten Ländern der Welt, was in den Handelsstädten und in Elsaß-Lothringen, den deutschen Kantonen der Schweiz, in Österreich-Ungarn, in England, in Frankreich in jahrzehntelanger Übung zu keinen Mißständen und keiner Erschlitterung des Familienfinns geführt hat, das wird auch in Deutschland, wenn sich die Wogen gelegt haben, als eine erträgliche Steuer angesehen werden, und spätere Generationen werden die Erregung unserer Tage in dieser Hinsicht kaum noch begreifen können.

(Mit einer Beilage.)

Aber mit der Branntwein- und der Erbschaftsteuerfrage ist es nicht getan. Daß das Bier hundert Millionen mehr bringen muß, darüber ist man sich allgemein einig, und was den Tabak betrifft, so wird es trotz aller Agitation dabei bleiben, daß alles, was der Tabakverein in diesem Fall gefehlt hat, wieder gut gemacht werden muß durch einen Gesekesentwurf, der dem sozialen Charakter der Steuerborlage Rechnung trägt, den wohlhabenden Raucher höher belastet als den unbemittelten und der Staatskasse einen Ertrag von 75 bis 80 Millionen mit Sicherheit zuführt.

Ich brauche es kaum auszusprechen, daß ich auch mit Ihrem Verlangen bezüglich der reinlichen Scheidung zwischen Reichs- und Bundesstaatsfinanzen durchaus übereinstimme. Die Geschichte der Matritularbeiträge ist eines der lehrreichsten Kapitel unserer Finanzen. Was als Notbehelf und Übergangsmahregel geschaffen war, hat sich im Laufe der Jahre zu einer ständigen und immer komplizierteren Einrichtung entwickelt. Dabei haben weder das Reich noch die Bundesstaaten ihre Rechnung gefunden. Die ganze jetzige Situation legt auf das berechnete Zeugnis dafür ab, daß die beiden hervorragendsten Persönlichkeiten, die sich mit den Reichsfinanzen beschäftigt haben, Bismarck und Miquel, völlig recht hatten, wenn sie das Reich nicht dauernd zum Kostgänger der Bundesstaaten werden lassen wollten. An den Formen der Matritularabgaben, an dem unbeständigen Element, das in der Einnahmewilligung durch die Reichsstände lag, an dem Mangel ausreichender eigener Einnahmen ist das alte heilige römische Reich sich und morsch geworden und zugrunde gegangen. Die Hauptaufgabe, die Miquel sich gestellt hat, war, in Preußen eine reinliche Scheidung zwischen den Finanzen der verschiedenen öffentlichen Körperschaften durchzuführen und dafür zu sorgen, daß sie alle in zweckmäßiger Weise ausreichende eigene Einnahmen erhielten. Die Entwicklung geht nunmehr in der Richtung einer Scheidung der Einnahmequellen des Reiches von denen der Einzelstaaten, nicht in wechselseitiger Übereinander- und Ineinandergreifen. Das sogenannte Besitzsteuerkompromiß ist von Anfang an nichts als ein Hilfsmittel oder eine Hilfskonstruktion, eine Notbrücke gewesen. Die Öffentlichkeit ist rasch und einmütig der Gefahren bewußt geworden, die aus seiner praktischen Durchführung für das ganze Gefüge unseres Finanzgebäudes erwachsen würde. Das spricht mit besonderem Nachdruck auch die Adresse der Herren aus Thüringen aus. Wenn sie die Unterstützung der verbündeten Regierungen und des Reichstages für eine Befestigung dieses Kompromisses verlangen, so ist dieser Teil ihrer Mission erfüllt worden. Die verbündeten Regierungen werden die Einzelstaaten nur bis zur Grenze von 50 Millionen, d. h. mit 25 Millionen mehr als bisher, in der Gestalt der Matritularbeiträge an dem Gesamtbedarf beteiligen.

Ich erwarte also, um mich kurz zusammenzufassen, von der Reichsfinanzreform das Folgende: Sie soll aufbringen 500 Mill. Mark. Sie soll diese Summe, abgesehen von 25 Mill. M. neuer Matritularbeiträge, aufbringen in Form reichseigener Einnahmen und zwar, wenn die Fahrartensteuer in verbesserter Form bestehen bleibt, mit 350—360 Mill. M. vom Konsum und mit 90—100 Mill. vom Besitz. Bei den Konsumsteuern sollen Branntwein, Bier und Tabak rund 280 Millionen Mark bringen. Weitere 70—80 Millionen Mark sollen durch die sogen. Erbschaftsteuer, über die sich der Bundesrat dieser Tage schlüssig machen wird, aufgebracht werden. Die Nachlasssteuer wird in eine Erbschaftsteuer umgewandelt. Durchzuführen ist das Werk noch in dieser Tagung.

Meine Herren! Als vor einem Jahre von diesem oder jenem die Reichsfinanzreform als eine große nationale Aufgabe bezeichnet wurde, da haben Routinepolitiker gelächelt und erklärt, es werde nie gelingen, ein Steuerprogramm populär zu machen, umso weniger, je mehr Steuerzahler von den Wirkungen betroffen werden müßten. Daß heute die Reichsfinanzreform als nationale Aufgabe nicht nur allgemein anerkannt, sondern daß sie populär geworden ist, weil man erkannte, daß mit ihr eine Stärkung des Staates nach innen und nach außen und damit auch eine Förderung unserer wirtschaftlichen Kraft liegt, ein Aufstreben zu höheren Zielen, dafür sind Sie lebendige Zeugen. Jeder Tag der Verzögerung bedeutet eine Vermehrung unserer Schulden, einen Verlust an Einnahmen, eine Erhöhung der Schwierigkeiten und eine Einbuße an Reputation. Die Arbeit wird den Mitgliedern des Reichstages erleichtert werden, wenn ihnen aus den verschiedensten Kreisen der Bevölkerung die Versicherung entgegenklingt, daß sie bei ihrer Pflichterfüllung auf die Bereitwilligkeit der Öffentlichkeit rechnen können. Indem Sie, meine Herren, dies mir und in dieser Stunde mit Würde und Bestimmtheit zum Ausdruck brachten, haben Sie sich für das große Werk und um das große Vaterland ein Verdienst erworben und sind seines Dankes sicher.

(Telegramm.)

\* Berlin, 24. April. Die Finanzkommission des Reichstages wandte sich einmütig gegen die Vorwürfe aus der Presse, aus Versammlungen und dem Publikum, daß die Kommission die Arbeiten verstockt habe. Ein solches Urteil zeuge von gänzlicher Unkenntnis über den Umfang und die Schwierigkeiten der Kommissionsarbeiten, wenn nicht gar von bösem Willen. (?) Auch sei es bedauerlich, daß der Reichskanzler gestern beim Empfang verschiedener Deputationen diesen gegenüber eine Kritik an der Tätigkeit der Kommission geübt habe. Staatssekretär Sydow erklärte, er habe dem gestrigen Empfang beigewohnt. Es seien von Seiten des Reichskanzlers weder Worte der Kritik noch der Nichtachtung gegen Reichstag oder Kommission gefallen. Er lasse sodann Vorlesung eines authentischen Berichtes über den Empfang und den Wortlaut der Ansprachen zu. Die Deputationen seien von der Bevölkerung nur aus Sorge um das Gelingen der Finanzreform entsandt worden.

# Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

\* Berlin, 20. April.

**Abg. Emmel (Soz.):** Durch die weitere Beibehaltung des städtischen Oktroi würden die indirekten Steuern wesentlich erhöht und die direkten herabgesetzt werden. Wir müssen unter allen Umständen an dem früher vom Reichstage gefassten Beschlusse festhalten. Auch die bürgerlichen Parteien müssen den § 13 des Zollgesetzes beibehalten, nach welchem die Oktroi-erhebung nur bis zum Jahre 1910 stattfinden darf. Ich empfehle Übergang zur Tagesordnung.

**Abg. Wölzl (natl.):** Auch ich bin ein prinzipieller Gegner der Steuer auf Lebensbedürfnisse, aber es ist etwas anderes, eine solche Steuer neu einzuführen, als eine schon bestehende auf verhältnismäßig kurze Zeit, bis 1910 (die Petitionskommission wünscht sie bis 1917), zu erhalten. Redner legt zahlenmäßig dar, wie die Städte bei Wegfall des Oktroi die direkten Steuern teilweise bis 100 Proz. erhöhen müßten, und bezeichnet die Ansicht, als ob nach Beseitigung des Oktroi eine Verbilligung der Lebensmittel eintreten würde, als durchaus irrig. Der Redner beantragt schließlich das Inkrafttreten des § 13 bis zum 31. Dezember 1914 hinauszuschieben.

**Abg. Pfeiffer (Zentr.):** Ich werde aus Opportunitätsgründen für die Petition und speziell für den Antrag Wölzl eintreten. Für viele bayerische Gemeinden würde der Ausfall aus dem Oktroiwesen eine ganz ungeheure Belastung auf anderen Gebieten mit sich bringen. Deshalb wird auch ein großer Teil meiner Freunde dem Antrage Wölzl zustimmen.

**Abg. Wagner-Sachsen (kons.):** Mit Rücksicht auf die augenblickliche wirtschaftliche Lage ist ein Teil meiner politischen Freunde bereit, dem Oktroi eine Nachfrist zu bewilligen und für den Antrag Wölzl zu stimmen.

**Abg. Wang (fr. Wp.)** tritt gleichfalls für diesen Antrag ein. **Abg. Wassermann (natl.):** Die Aufhebung des Oktroi war ebenso wie die Witwen- und Waisenversicherung die Voraussetzung für unsere Zustimmung zu dem neuen Zolltarif mit seinen erhöhten Steuern auf Lebensmittel. Sie wird auch eine Verbilligung der Lebensmittel bringen. Ich bitte deshalb, den Antrag der Kommission auf Übergang zur Tagesordnung bestehen zu lassen.

**Bayerischer Ministerialrat Ströhenreuther:** Die bayerische Staatsregierung hat dem Reichstage im Jahre 1902 wiederholt ihre Bedenken ausgesprochen gegen diesen Paragraphen. Nur um das ganze Gesetz nicht zu gefährden, haben wir damals unsere Bedenken zurückgestellt. Im Interesse der zahlreichen bedrängten Gemeinden ist dringend der Antrag Wölzl zu empfehlen. Man sollte diesen Gemeinden entgegenkommen und bis zum Inkrafttreten der neuen bayerischen Gemeindesteuern den Oktroi weiterbestehen lassen.

**Sächsischer Bistl. Geheimer Rat Fischer:** Ich bitte Sie, im Plenum der Petition gegenüber eine freundlichere Haltung einzunehmen, als dieselbe in der Kommission erfahren hat. Stimmen Sie im Interesse der schwer belasteten Gemeinden für den Antrag Wölzl.

**Abg. Heinze (natl.):** Auch in Sachsen sollte man den Oktroi bestehen lassen.

**Abg. Gothein (frei. Wg.):** Wir geben zu, daß die Gemeinden durch die Zolltarifgesetzgebung in eine außerordentlich ungünstige Lage gekommen sind. Wir haben das aber 1902 bei der Beratung des Zolltarifes vorausgesehen. Man kann mit Sicherheit darauf rechnen, daß man im Jahre 1917 mit den gleichen Gründen, die jetzt für eine weitere Hinausschiebung kommt. Die freisinnige Fraktionsgemeinschaft hofft, daß die große Mehrheit des Reichstages, wenn anders man an die Ehrlichkeit ihrer damaligen Gründe glauben soll, ihren alten Standpunkt für die Aufhebung des Oktroi im Jahre 1910 beibehalten wird.

**Abg. Werner (Reformp.):** Sämtliche Städte meines Wahlkreises sind für die Hinausschiebung des Termins, weil sonst gerade Hessen-Rassau mit seinen kleineren Gemeinden besonders empfindlich getroffen werden würde.

**Vizepräsident Baasche** teilt mit, es ist ein von 51 Abgeordneten unterschriebener Antrag eingelaufen, über die Petition und den Antrag Wölzl namentlich abzustimmen. Diese Abstimmung wird morgen erfolgen.

**Abg. Speck (Zentr.):** Ich werde für den Antrag Wölzl eintreten. Durch die Aufhebung des Oktroi würde in Bayern ein Zollzuschlag von etwa 50 Proz. notwendig sein. Da sollte man etwas Entgegenkommen zeigen.

**Geheimerat Strunk** bittet namens der preussischen Kommunalaufsichtsbehörde um Annahme des Antrages Wölzl.

**Abg. Kauli-Rotsdam (kons.):** Namens eines Teiles meiner Fraktion erkläre ich mich gegen den Antrag Wölzl und für den Kommissionsantrag.

**Abg. Sildenbrand (Soz.):** Eine Annahme des Antrages Wölzl wäre umso bedauerlicher, als es sich um Belastung weiterer Volksteile und um ein großes Unrecht gegen die Gemeinden, die das Oktroi bereits aufgehoben haben, wie Straßburg, handelt. Wenn es eine Anzahl Gemeinden nicht geglaubt haben sollte, daß der Reichstag jetzt Ernst machen werde, so ist das ihre eigene Schuld.

**Abg. Lender (Zentr.):** Wenn wir nach und nach die Fehler der föderativen Verfassung beseitigen, so untergraben wir die Existenzfähigkeit der Einzelstaaten. Wir wenden uns gegen einen Gewaltakt gegenüber der Selbständigkeit der Gemeinden.

**Abg. Gothein (frei. Wg.):** Der Reichstag muß konsequent sein und nicht frühere Beschlüsse umstoßen, wenn er nicht den Verdacht erwecken will, als ob er dem armen Manne die Lebensmittel verteuern wolle.

**Bayerischer Ministerialrat Ströhenreuther** wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Gothein, und weist insbesondere die gegen das bayerische Statistische Amt gerichteten Angriffe des Abg. Gothein zurück.

Nach weiteren Bemerkungen **Stolles (Soz.)** und des sächsischen Bundesratsbevollmächtigten **Geheimerats Fischer** wird die Weiterberatung auf Mittwoch, 2 Uhr, vertagt. Außerdem dritte Lesung des Antrages Brandts, betreffend Freiheit des Grunderwerbs und Patentgesetzreform. — Schluß 6 1/2 Uhr.

(Telegraphischer Bericht.)

\* Berlin, 21. April.

Präsident **Graf Stolberg** eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 25 Minuten.

Die Beratung der Petitionen betr. die Aufhebung des städtischen Oktroi wird fortgesetzt.

**Abg. Erzberger (Zentr.):** Die Angriffe des Abgeordneten **Gothein** richteten sich gestern nur gegen das Zentrum. Es bestehen aber auch bei den übrigen Parteien Strömungen für den Antrag Wölzl.

\* Berlin, 21. April. Der Seniorenkongress des Reichstags beschloß, daß von der nächsten Woche ab jeder Dienstag und Donnerstag für die Kommissions-

sitzungen, insbesondere für die Arbeiten der Finanzkommission freibleiben sollen. An den übrigen Tagen sollen die Plenarsitzungen wie bisher um 2 Uhr beginnen, so daß die Finanzkommission jeden Tag Zeit zur Arbeit hat. Auf die morgige Tagesordnung soll der Antrag **Ablass** betr. Ausführungspläne gesetzt werden. Darauf folgt die Beratung über die Änderungen des Strafgesetzbuches in erster Lesung, die zweite Beratung der Zivilprozessordnung, das Bankgesetz, die Sicherung der Bauforderungen, die Gesetzesvorlage betr. den unlauteren Wettbewerb, die Interpellation **Albrecht** über das Arbeiterpensionsgesetz kann nicht vor dem 28. April, die Vorlage betr. das **Rerner** Abkommen nicht vor dem 2. Mai zur Beratung kommen.

\* Berlin, 21. April. Die Finanzkommission des Reichstages nahm heute die Beratung des Branntweinsteuergesetzes wieder auf. Das Zentrum beantragt, die neue Einteilung des Gesamtkontingents nicht alle 10 Jahre, sondern alle fünf Jahre vorzunehmen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

## Das Kaiserpaar auf Korfu.

(Telegramm.)

\* **Achilleion**, 21. April. Gestern vormittag hörte Seine Majestät der Kaiser die Vorträge der Chefs der drei Kabinette. Zur Frühstückstafel waren geladen: **Gesandter** **Fyhr. v. Wangenheim** mit Gemahlin, sowie die Kommandanten von der „**Hohenzollern**“, der „**Hamburg**“ und dem „**Sleipner**“. — Der Kreuzer „**Hamburg**“, erhielt den Befehl, sich nach **Korfu** zu begeben.

Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin machten gestern nachmittag einen Spaziergang nach **Venizem** und besuchten heute vormittag die alte Wasserleitung.

## Der 70. Geburtstag König Karls von Rumänien.

(Telegramm.)

\* **Bukarest**, 21. April. Seine Majestät der deutsche Kaiser hat Seine Majestät König **Carol** zum königlichen preussischen Generalfeldmarschall ernannt. Der Kronprinz hat dem König von dieser Ernennung Kenntnis gegeben und ihm zugleich im Namen seines kaiserlichen Vaters den Marschallstab überreicht.

Seine Majestät König **Karl** empfing gestern in Anwesenheit der ganzen königlichen Familie den deutschen Kronprinzen mit Gefolge, um die Mitteilung von seiner Ernennung zum preussischen Generalfeldmarschall entgegen zu nehmen. Der Kronprinz verlas einen eigenhändigen Brief Kaiser **Wilhelms**, in dem dieser dem Könige seine Glückwünsche ausdrückt, der König dankte bewegt dafür und erinnerte daran, daß er im preussischen Heere die Kriegskunst erlernt habe, die ihm gestatte seine junge Armee zum Siege zu führen.

Abends fand zu Ehren des deutschen Kronprinzen ein **Galadiner** statt. Bei dieser Gelegenheit brachte König **Karl** einen Trinkpruch aus, in dem er dem Kronprinzen für seinen Besuch und dem Kaiser für die erwiesene Aufmerksamkeit dankt, in der er einen erneuten Beweis, der verwandtschaftlichen Gefinnung des Kaisers und der langjährigen freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern erblickt. Der König schloß mit den besten Wünschen für den Kaiser und das kaiserliche Haus.

Der Kronprinz dankte für den liebenswürdigen Empfang und hob hervor, der König habe sich kriegerische Lorbeeren ums Haupt gewunden und sein Land in mehr als 40jähriger Regierung zu reicher Blüte geführt und außerhalb des Vaterlandes dem Hohenzollernnamen neuen Ruhm und neue Ehre erworben. Der Kronprinz schloß mit den besten Wünschen für den König und das königliche Haus und das Land. Beide Toaste wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Nach dem Diner fand **Galavorstellung** im Nationaltheater statt. Der König verlieh dem Kronprinzen die **Medaille zum Orden Karls I.**

## Die Umwälzungen in der Türkei.

(Telegramme.)

Die Aufrufe **Husni Paschas**.

**Konstantinopel**, 21. April. Der Chef der vor Konstantinopel befindlichen mazedonischen Truppen, **General Husni Pascha**, erließ an die Garnison von Konstantinopel einen Aufruf, in dem er erklärte, daß das zweite und das dritte Armeekorps vor Konstantinopel gekommen seien, um die Verfassung für alle Zukunft zu sichern und die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen, sowie die Antifisten der letzten Unruhen zu bestrafen. Die Belagerungstruppen fordern daher, daß alle Mannschaften der Garnison in der Hauptstadt in Gegenwart des **Scheichs ul Islam** sowie ihrer Kommandanten auf den Koran einen feierlichen Schwur ablegen, nach welchem sie den Befehlen nicht mehr in die Politik mischen werden. Die Mannschaften müssen sich ferner verpflichten, der Wiedereinführung aller Offiziere und Unteroffiziere in die Stellen, die sie vor dem Aufstand innehatten, keinen Widerstand entgegenzusetzen. In dem Aufruf heißt es dann weiter, daß die Soldaten der Hauptstadt sich nicht um die Maßregeln zu kümmern haben, welche die Belagerungstruppen zur Bestrafung derjenigen treffen werden, welche das Vaterland in Gefahr gebracht haben. Die Soldaten müssen sich endlich verpflichten, den Namen aller der Personen anzugeben, die sie zum Aufruhr angepöbeln haben. Der Aufruf schließt: Wenn diese Forderungen erfüllt

werden und die gesamte Garnison während des Vorgehens der Belagerungstruppen passiven Gehorsam zeige, dann werde den Mannschaften nichts geschehen. Zugleich erließ **Husni Pascha** einen zweiten Aufruf an die Bevölkerung der Hauptstadt, in welchem erklärt wird, der Zweck der Ankunft der mazedonischen Truppen sei, allen Verrätern des Vaterlandes, die mit der Verfassung unzufrieden seien, eine endgültige Lektion zu geben. Es seien alle Maßregeln getroffen worden, um während des Vorgehens der Truppen die öffentliche Ruhe und Sicherheit zu wahren. Der Aufruf versichert schließlich, daß niemand außer den an den letzten Vorgängen Beteiligten etwas von den Truppen zu fürchten hätten und fordert die Bevölkerung auf, sich nicht in Schreden versetzen zu lassen. Beide Aufrufe sind in den Straßen als Extrablatt verteilt worden und werden von der Bevölkerung lebhaft besprochen.

**Konstantinopel**, 21. April. Gestern früh zogen etwa 150 Mann der **Taschischla-Kaserne** mit klingendem Spiel in bester Ausrüstung den mazedonischen Truppen entgegen, um sich ihnen anzuschließen. Es ist nicht bekannt, welche Aufnahme sie gefunden haben. In der Kammer waren gestern vormittag etwa 50 Abgeordnete versammelt. Eine gleiche Zahl Abgeordneter befindet sich bei den Truppen in **San Stefano**, wo in einem Klublokal beraten wird.

\* **Konstantinopel**, 21. April. Vier Bataillone aus **Jpef** und **Nitrobita** sind gestern hier eingetroffen; zwei Bataillone sind in **Jpef** geblieben. Weitere Truppenbewegungen von **Adrianopel** gegen Konstantinopel wurden eingestellt. Aus dem Korpsbereich von **Saloniki** dauern die Transporte von Truppen aller Waffen nach Konstantinopel fort. — In allen europäischen Wilajets hat das jungtürkische Komitee eine strenge Depeschen- und Postüberwachung eintreten lassen. Die in **Smirna** liegende türkische Geshwaderdivision hat sich für das jungtürkische Komitee erklärt. Die **Walis** von **Saloniki**, **Nestub** und **Monastir** haben telegraphisch ihren Willen bekundet, das Ministerium nicht anzuerkennen.

\* **Konstantinopel**, 21. April. 11 der jungtürkischen Partei angehörige Abgeordnete, sämtlich in Mazedonien gewählt, sollen von **Sofia** nach ihrer Ankunft in **San Stefano** ermordet worden sein.

\* **Konstantinopel**, 21. April. Die Lage scheint seit gestern abend völlig verändert, so daß man die Abdankung des Sultans nicht mehr für wahrscheinlich hält. Der **Scheich ul Islam** erklärte Journalisten gegenüber, von einer Abdankung des Sultans sei niemals die Rede gewesen. Der Ministerrat nahm die Forderungen der mazedonischen Truppen an. Wie verlautet wird der Einmarsch in die Hauptstadt erst in einigen Tagen erfolgen. Der englische, der französische und der russische Botschafter wurden gestern vom Sultan in längerer Audienz empfangen. Der Großvezir hat gestern vormittag dem Sultan schriftlich seine Demission überreicht, sie aber auf Bitten des Sultans wieder zurückgezogen. Auch der Kommandant des Konstantinopeler Korps **Razim Pascha** hat seine Demission wieder zurückgezogen. Eine große Anzahl weiterer Abgeordneter ist am Abend nach **San Stefano** gefahren, wo in der Nacht eine Beratung stattfinden soll.

\* **Konstantinopel**, 21. April. **Dschewad Bey**, der Privatsekretär des Sultans, hat gestern erklärt, der Sultan habe seinen Brief erhalten, in dem seine Entlassung gefordert wird. Wenn die Armee die Abdankung verlangen würde, so werde er sofort einwilligen. Der Sultan habe nicht nur aus den Provinzen, sondern von **Saloniki** und vom Heere Ergebnistelegramme erhalten. Der Sekretär fügte hinzu, der Sultan bewahre vollkommene Ruhe.

\* **Konstantinopel**, 21. April. Die Konzentration der mazedonischen Truppen um die Hauptstadt schreitet ihrem Ende entgegen. Die Armee erhält fortgesetzt Zufluß von Mannschaften der Garnison, von Militärschulen und Freiwilligen. Da jedoch reaktionäre Elemente sich einzuschmuggeln versuchen, werden alle Ankommenden scharf übernacht. Viele Truppen der Hauptstadt meutern. Drei **Saloniker** Jägerbataillone zeigten brieflich oder durch Deputationen ihre Unterwerfung an. Die Haltung der Marine ist noch unklar. Aus den letzten Anzeichen ist aber zu schließen, daß sie mit der mazedonischen Armee sympathisiert. Ein Widerstand der Garnison gegen die heranrückende Armee ist nach der gegenwärtigen Lage kaum zu erwarten. Die Stimmung der Bevölkerung ist vielfachen Schwankungen ausgesetzt.

\* **Konstantinopel**, 21. April. Die Zahl der in der letzten Woche ermordeten jungtürkischen Offiziere wird jetzt auf 262 angegeben. Acht von ihnen wurden vor dem **Jildis** ermordet. Bemerkenswert ist, daß die gestrige Proklamation der **Saloniker** Armee nicht nur vom Kriegs- und Marineministerium, sondern auch von der Pforte allen Zivildepartements mitgeteilt worden ist. Der Eindruck auf die Garnison ist im allgemeinen sehr günstig. Widerstand ist nicht zu erwarten. Bisher wurden bei der Vorhut der vorrückenden Truppen 200 verdächtige Personen verhaftet.

\* **Konstantinopel**, 21. April. (12 1/2 Uhr mittags.) Die mazedonischen Truppen werden in der Umgebung der Stadt sichtbar. Der Ministerrat, der heute nachmittag zusammentritt, wird den Belagerungsstatus über die Stadt verhängen.

Neuereleien in Kleinasien.

\* **London**, 21. April. Eine Neutermeldung aus Konstantinopel besagt, daß laut einem Konsulartelegramm bei den letzten Unruhen in **Wilajet Adana** fünf-tausend Personen getötet worden sind.

\* **Berlin**, 21. April. Die gestern gemeldete Entsendung des Kreuzers „**Hamburg**“ nach **Messina** hat zum Zweck, die dort befindliche „**Loreley**“ für Konstantinopel frei zu machen. Die „**Loreley**“ befand sich seit 5. März auf der alljähr-

lichen schriftlichen Kundreise und lag bei Ausbruch der türkischen Wirren vor Smyrna.

\* Berlin, 20. April. Eine ausländische Drahtmeldung, wonach bei dem Gemischel in Adana vier Deutsche getötet sein sollen, bestätigt sich nicht. Richtig soll sein, daß in den Tagen der Unruhen ein Deutscher angegriffen und beraubt worden ist, ohne dabei körperlich verletzt zu werden.

\* Paris, 20. April. Marineminister Picard empfing ein Telegramm aus dem Piräus, demzufolge der geschützte Kreuzer „Nules Michélet“ im Piräus angekommen und der geschützte Kreuzer „Victor Hugo“ direkt nach Merzina gegangen ist.

\* Rom, 21. April. Nach einer Meldung aus Aleppo herrscht dort große Erregung. Die Meheleien in den benachbarten Dörfern dauern fort. Es geht das Gerücht, daß die Lage auch in Damaskus ernst sei.

\* Malta, 21. April. Die Schiffschiffe „Canopus“ und „Ocean“, sowie der Kreuzer „Minerva“ haben Befehl erhalten, nach den türkischen Gemäthern abzudampfen. Admiral Curzon-Howe befindet sich an Bord der „Ocean“.

\* Washington, 20. April. Zwei amerikanische Kreuzer sind zum Schutze der amerikanischen Interessen nach dem Mittelmeer beordert.

\* St. Petersburg, 21. April. Die türkische Regierung hat die russische Regierung von dem zwischen der Türkei und Bulgarien getroffenen Übereinkommen benachrichtigt. Die russische Regierung hat daraufhin die Signaturmächten mitteilen lassen, daß ihrer Meinung nach nunmehr der Augenblick gekommen sei, die Unabhängigkeit Bulgariens unverzüglich anzuerkennen.

\* St. Petersburg, 21. April. Zu der gestern vollzogenen Anerkennung der Unabhängigkeit Bulgariens sandte Seine Majestät der Kaiser an König Ferdinand ein herzliches Begrüßungstelegramm.

\* Belgrad, 20. April. Kronprinz Alexander wird, wie der König auf Antrag einer besonderen Kommission beschloffen hat, bis zum Herbst in Belgrad bleiben und dann die Universität Bonn besuchen.

### Aus Rußland.

(Telegramme.)

\* St. Petersburg, 20. April. Die Duma, welche heute wieder eröffnet wurde, nahm in erster Lesung den Gesetzentwurf betreffend den Schutz des Urheberrechts an. Bei dieser Gelegenheit erklärte der Justizminister, der Entwurf bewirke den Schutz der russischen Autoren. Rußland sei durch die Handelsverträge verpflichtet, mit Deutschland, Österreich-Ungarn und Frankreich eine Literaturkonvention abzuschließen, es entspreche aber nicht der Würde Rußlands, fremden Autoren Rechte zu gewähren, die nicht einmal die russischen Autoren besitzen. Schließlich sprach der Minister die Hoffnung aus, das Gesetz werde die materielle Lage der russischen Autoren bessern.

\* St. Petersburg, 21. April. Die Newa, sowie die Ladogalande wurden für Cholera bedroht erklärt.

### Perien.

(Telegramme.)

\* Tâbriz, 20. April. Die christliche Bevölkerung rüstet zum Selbstschutz. Die englischen Untertanen wandten sich telegraphisch an den Staatssekretär Sir Edward Grey mit der Bitte, Maßregeln zu ihrem Schutze zu ergreifen. Infolge der kritischen Lage sammelten sich die Russen in ihrem Konsulate; die Bagare, die englischen und russischen Banken sind geschlossen. — Heute machten die Fidsais einen Ausfall, um sich der Provisorate zu bemächtigen. — In Karakumit wird scharf gekämpft. Der amerikanische Missionar Wasterville, der an der Spitze des Fidsaidetachments ging, wurde getötet. In Tâbriz ist kein Brot vorhanden. Es drohen blutige Unruhen.

\* Teheran, 20. April. Infolge der ernststen Vorstellungen des englischen u. des russischen Gesandten willigte der Schah heute in einen sechsstägigen Waffenstillstand vor Tâbriz ein. Hierdurch soll die Möglichkeit gegeben werden, die Stadt mit Lebensmitteln zu versehen und dadurch zu verhindern, daß hungerige und verzweifelte Elemente die Konsulate angreifen.

\* Tâbriz, 21. April. (Abends.) Seit Tagesanbruch wütet zwischen den Nationalisten unter Sattar Khan und den Truppen des Schah bei dem Vororte Shamagan ein heftiger Kampf, bei dem die Nationalisten 60 Tote und 100 Verwundete hatten, während die Verluste der Schahstruppen noch unbekannt sind. Die Russen haben sich mit ihrem Gepäck ins russische Konsulat geflüchtet. Der russische und der englische Konsul teilten dem Endschumen am Nachmittag die Nachricht von der Bewilligung des sechsstägigen Waffenstillstandes seitens des Schahs mit. Der Waffenstillstand, der Montag mittag abläuft, erweckt hier keine große Hoffnungen, da bei dem Fehlen von Transportmitteln und der Unzulänglichkeit der Verkehrswege die Heranziehung von Proviant auf große Schwierigkeiten stößt.

### Grossherzogtum Baden.

\* Karlsruhe, 21. April.

Seine königliche Hoheit der Großherzog hörte im Laufe des heutigen Tages die Vorträge des Geheimrats D. Selbing und des Legationsrats Dr. Seyb.

\* (Großherzogliches Hoftheater.) Morgen Donnerstag, den 22. April, wird Schönherr's Komödie „Erde“, die mit dem Volksschillerpreis ausgezeichnet wurde und dem hiesigen Publikum nur auf dem Wege der Vorlesung bekannt geworden ist, zur dramatischen Darstellung auf der hiesigen Hofbühne gelangen. Die Rollen sind besetzt mit den Damen Frauendorfer, Genter, Pix und den Herren Raumbach, Dapper, Erl, Gallego, Herz, Kempf, Krones, Marx, Pfeilträger und Wahl. Zu dem Stück hat Albert Wolf eine Bauernstube gemalt. Die Einstudierung hat der Intendant geleitet.

\* (Von den Vorlesungen an der Technischen Hochschule) dürften in diesem Semester die nachstehend genannten weiteren Kreisen Interesse bieten: Professor Dr. Böhmigk: Die französische Revolution 2 St., Schiller 2 St. — Gymnasialprofessor Privatdozent Dr. Brunner: Deutschland und England in der Geschichte 2 St., Burgkunde (mit Exkursionen) 2 St. — Professor Dr. Drews: Pantheismus, Theismus und Atheismus im 19. Jahrhundert 2 St., Das Wesen der Religion 2 St. — Landgerichtsdirektor Dr. Eller: Handels- und Wechselrecht 2 St. — Privatdozent Dr. Hellpach: Das Katholische in der Kunst (körperliche und geistige Krankheit als Kunstobjekt) 1 St. — Professor Dr. Mah: Geschichte der Descendenzlehre II (von Darwin bis zur Gegenwart) 2 St. — Professor Dr. Riffel: Öffentliche Hygiene 2 St. — Rektor Parr: Shakespeare and his contemporaries 1 St., Advanced English 1 St., Englischer Kurs für Vorgesessene 1 St., Englischer Kurs für Anfänger 2 St. — Geh. Hofrat Professor Dr. Rosenbergl: Geschichte der Goldschmiedekunst II, 2 St. — Wirkl. Geheimrat Präsident Dr. Lewald: Forst- und Jagdrecht, 2 St. — Professor Dr. Paulde: Entstehung der Gebirge (i. Sp. Schwarzwald, Vogesen, Jura und Alpen) mit Exkursionen 2 St. — Rechtsanwalt Dr. Süpfler: Ausgewählte Lehren des Strafrechts, 2 St. — Geh. Hofrat Professor Dr. Waag: Walthers von der Vogelweide (vom 1. Juni ab) 2 St. — Professor Dr. von Zwieneder: Südenhorst: Industrie- und Handelspolitik mit besonderer Rücksicht auf Kartellwesen und Industriezentration in Deutschland, 3 St., Kolonialwesen, 1 St. — Die zum Besuche dieser Vorlesungen erforderlichen Anmeldebücher nimmt das Sekretariat der Technischen Hochschule werktäglich von 9—12 Uhr entgegen. Die näheren Angaben über die Hörsäle sowie über den Beginn und die genaue Zeit der einzelnen Vorlesungen sind aus den Anschlägen in der Vorhalle der Hochschule ersichtlich.

\* (Reichsfinanzreform.) Der nationalliberale und jungliberale Verein, der freisinnige, der demokratische, der nationalsozialistische und der konserverbative Verein laden auf morgen, Donnerstag abends halb 9 Uhr, in den „Friedrichshof“ zu einer öffentlichen Versammlung ein. Auf der Tagesordnung steht die Reichsfinanzreform. Das Referat hat Privatdozent Dr. Friedr. Sevin übernommen.

\* (Sitzung des Schwurgerichts vom 20. April.) Vor dem Schwurgericht stand heute unter der Anklage des Meineids der 20 Jahre alte Fabrikarbeiter Franz Karl Reichert aus Walsch. Am 14. Januar machte er vor der hiesigen Strafkammer unwahre Angaben. Der Angeklagte entschuldigte heute sein Verhalten mit Trunkenheit. Die Geschworenen sprachen ihn nicht des Meineids, sondern des fahrlässigen Falschheidens schuldig, worauf er zu 10 Monaten Gefängnis abzüglich 2 Monaten Untersuchungshaft verurteilt wurde.

\* (Im Residenztheater) in der Waldstraße sind zurzeit sehr interessante und sehenswerte Filme „Die Scheren von Stockholm zur Winterzeit“, „Mexiko und Umgebung“, „Die Kämpfe um Fort Arthur u. a. m.“ Die Vorstellungen erfreuen sich vielen Beifalls und zahlreichen Besuchs.

\* Kleine Nachrichten aus Baden. Die streikenden Maurer in Forstheim verlangen eine Lohnerhöhung von 54 auf 60 Pf. pro Stunde. — In Unterarmersbach geriet der 7½ Jahre alte Sohn des Schmiedemeisters Lehmann auf noch unbekannt Weise unter das Wasserrad, welches den Masbalg, einen Amboshammer und eine Dmühle betreibt. Das Werk stand plötzlich still. Der Junge konnte mit vieler Mühe aus seiner schrecklichen Lage befreit werden. Er dürfte jedoch kaum mit dem Leben davonkommen.

### Neueste Nachrichten und Telegramme.

\* Berlin, 21. April. In 18 teilweise überfüllten Versammlungen nahm die Sozialdemokratie eine gemeinsame Resolution an, in der sie, mit gleicher Schärfe wie die Agrarier gegen die Nachlasssteuer, sich gegen die Steuer zur Wehr setzt, die die Arbeiter trifft.

\* Paris, 21. April. Die Allgemeine Vereinigung der Post- und Telegraphenangestellten hat laut „Paris Journal“ beschlossen, eine Abordnung zum Minister der öffentlichen Arbeiten zu entsenden und ihn zu eruchen, daß der 1. Mai, von diesem Jahre angefangen, als ein Feiertag anzusehen sei. Es sei jedoch zweifelhaft, ob die Postangestellten im Falle einer Weigerung am 1. Mai streiken.

\* Haag, 21. April. Das von Holland und Venezuela unterzeichnete Protokoll über die Beilegung der Streitfragen zwischen den beiden Ländern wurde heute abend veröffentlicht.

\* Gironi, 21. April. Ihre Majestäten der König und die Königin von England sind gestern hier eingetroffen; sie machten einen Spaziergang durch die Stadt und besichtigten die Kathedrale. Der Bürgermeister und der Präsekt überreichten der Königin Blumensträuße.

\* Gironi, 21. April. Ihre Majestäten der König und die Königin von England sowie die Kaiserin-Witwe von Rußland sind an Bord der Nacht „Victoria and Albert“ nach Malta abgegangen.

\* Madrid, 21. April. In der gestrigen Deputiertenkammer kam der Bericht der Kommission zur Verlesung, die mit der Untersuchung der gegen den Marineminister und andere Regierungsmitglieder erhobenen Beschuldigungen und andere Regierungsmitglieder erhobenen Beschuldigungen zur Kenntnis des Ministerpräsidenten zu bringen. Im weiteren Verlaufe der gestrigen Sitzung antwortete der Marineminister auf das Ersuchen eines Abgeordneten, die Akten betr. die Zuteilung der Lieferungen für den Bau eines neuen Kriegsschiffes geschwader der Kammer vorzulegen, er sei dazu bereit, aber erst, nachdem er die Schriftstücke, die geheimen Charakter tragen und die sich auf die geheim zu haltende nationale Verteidigung des Landes beziehen, zurückgezogen habe. Darauf erhob sich großer Lärm. Die Mitglieder der Opposition schrien und schlugen mit den Fäusteln. Der Präsident konnte die Ruhe nur mit Mühe wieder herstellen. Ministerpräsident Maura unterstüzte die Erklärungen des Marineministers. Darauf kam es zu einer heftigen Polemik. Maura erklärte, die Regierung sei stolz auf ihr Werk und habe die Erörterungen in der Kammer keineswegs zu scheuen. Sie wünsche sie vielmehr, denn so werde das Land die Überzeugung gewinnen, daß das Kabinett seine Pflicht treu erfüllt habe zum Besten der Interessen und der Würde des Reichs.

\* Konstantinopel, 21. April. Blättermeldungen zufolge wurde nicht der Fürst von Samos, sondern sein Kabinettschef Thalafius ermordet.

### Verschiedenes.

Proseß Molke-Garden.

Berlin, 21. April. Das Gericht beschloß gestern im weiteren Verlauf des Proseßes Molke-Garden während der Verlesung der unter Anklage stehenden Artikel die Öffentlichkeit aufrecht zu erhalten, sie jedoch nachher ganz auszuschließen.

Ferner beschloß der Gerichtshof nach langer Beratung, lediglich dem Nebenkläger, Grafen Anno v. Molke, die Frage wegen eventl. Veranlagung bzw. Betätigung in homosexueller Richtung vorzulegen, von jeder weiteren Beweiserhebung jedoch Abstand zu nehmen. Graf Molke erklärte auf seinen Eid, daß er nicht homosexuell veranlagt sei. Die Beweisaufnahme ist damit geschlossen. Oberstaatsanwalt Dr. Kreuß beantragte nach längerem Plaidoyer 600 M. Geldstrafe für Garden. Der Vertreter des Nebenklägers, Justizrat Dr. Sello, stellte die Strafbemessung dem Gerichtshof anheim. Verteidiger Justizrat Vernein beantragte Freisprechung. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten, dem Antrag des Oberstaatsanwalts gemäß, wegen über Nachrede nach § 186 R.St.G.B. zu 600 M. Geldstrafe. In der Begründung des Urteils wird ausgeführt: Die mündliche Verhandlung habe ergeben, daß Garden den Grafen Molke direkt beschuldigte, sich homosexuell betätigt zu haben. Bei der Strafzumessung komme in Betracht, die Schwere der Beleidigung, welche die Stellung des Nebenklägers erschütterte habe, andererseits der Umstand, daß der Angeklagte durch Zeugen bewiesen habe, daß sich Fürst Eulenburg homosexuell betätigt, daß sich der Angeklagte nicht von unläuterer Motiven leiten ließ, und zwischen beiden Parteien ein Vergleich abgeschlossen wurde, wonach auch der Nebenkläger in die Einstellung des Verfahrens eingewilligt hätte, wenn dies prozessual zulässig gewesen wäre.

Berlin, 21. April. Dem Vernehmen nach wird Maximilian Harden gegen das geistige Urteil der Strafkammer die zulässigen Rechtsmittel ergreifen.

Berlin, 21. April. Unter dem dringenden Verdachte, den Gelbbriefträger Eulenburg überfallen und herabzu zu haben, wurde ein Kaufmann aus Schöneberg verhaftet.

Stuttgart, 21. April. Schriftsteller Dr. Kommel, literarischer Beirat der Deutschen Verlagsgesellschaft „Union“, früher langjähriger Redakteur des „Schwäbischen Merkur“, ist, 72 Jahre alt, gestorben.

Genf, 21. April. Wie verlautet, ist bei den Erneuerungsarbeiten des Schloßturmes von Chillon ein Schatz von 50 großen Silbermünzen mit dem Bilde des französischen Königs Philipp des Kühnen von bestem Gepräge entdeckt worden.

Paris, 21. April. Das „Journal“ meldet, daß der Mitschuldige des wegen Spionage verhafteten chinesischen Marineleuten Yen Korchau nach Berlin geflüchtet sei.

Besatz, 20. April. In der Branntweinbrennerei von Mac Connell brach ein Feuer aus, das große Ausdehnung annahm. Der Schaden beläuft sich auf 250 000 Pfund Sterling.

Mexiko, 21. April. Am Montag hat ein starker Ausbruch des Vulkans Pic de Colima stattgefunden. Weiße Flächen sind mit Asche und Lava bedeckt. Abends wurde ein heftiger Erdstoß verspürt.

### Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag, 22. April. Abt. A. 56. Ab.-Vorst. Zum erstmaligen: „Erde“, eine Komödie des Lebens in 3 Akten von Karl Schönherr. Anfang 7 Uhr, Ende nach 9 Uhr.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydr. vom 21. April 1909.

Die Depressionen, die gestern im Nordwesten und im Osten gelegen waren, sind abgezogen. Hoher Druck bedeckt Skandinavien, sowie das Nord- und Ostseegebiet, ein zweites Maximum hat sich über Süddeutschland entwickelt. Zwischen den beiden Hochdruckgebieten hindurch zieht sich über Nord- und Mitteldeutschland hinweg eine kurze niedrigen Druckes, die mehrere flache Tiefminima enthält; diese geben im Norden des Reiches Anlaß zu meist trübem, regnerischem und kühlem Wetter, während es im Süden wieder heiter und mild ist. Etwas kühleres Wetter mit Gewitterregen ist zu erwarten.

### Wetternachrichten aus dem Süden

vom 21. April, früh:  
Lugano wolkenlos 12 Grad, Biarritz wolkenlos 12 Grad, Nizza wolkenlos 17 Grad, Triest wolkenlos 18 Grad, Florenz wolkenlos 13 Grad, Rom bedeckt 15 Grad, Cagliari bedeckt 15 Grad, Brindisi wolkenlos 14 Grad.

### Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

April	Barom. mm	Therm. in C.	Nied. in mm	Feuchtigkeitsgrad in Proz.	Wind	Himmel
20. Nachts 9 <sup>h</sup> II.	754.9	13.2	5.5	48	SW	heiter wolkenlos
21. Morgs. 7 <sup>h</sup> II.	753.3	8.8	6.2	73	SW	„
21. Mittags. 2 <sup>h</sup> II.	750.1	15.3	4.7	36	SW	„

Höchste Temperatur am 20. April: 17.2; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 4.0.

Niederschlagsmenge, gemessen am 21. April, 7<sup>h</sup> früh: 0.8 mm. Wasserstand des Rheins am 21. April, früh: Schufter in sel 2.20 m, Stillstand; Rehl 2.53 m, gestiegen 2 cm; Maxau 4.48 m, gestiegen 8 cm; Mannheim 3.54 m, gestiegen 1 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kaß in Karlsruhe. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Mütter gebt Kindern in der Entwicklung von Zeit zu Zeit Bioson

Das Bankhaus Veit L. Homburger, Karlsruhe. Karlstrasse 11. Telefon 36 u. 208. besorgt alle in das Bankfach einschlagenden Geschäfte.

**Statt jeder besonderen Anzeige.**

Heute entschlief sanft im 92. Lebensjahr unser lieber Vater und Großvater

**Dr. Emil Frensdorff.**

Dies zeigen in tiefer Trauer an

**Adele Schenkel geb. Frensdorff,  
Margarete Dehn geb. Schenkel,  
Elisabeth Schenkel,  
Georg Dehn.**

Karlsruhe, den 21. April 1909.

Die Beerdigung findet am Freitag den 23. April 1909, vormittags 11 Uhr, von der Friedhofkapelle aus statt.

Kranzspenden werden im Sinne des Entschlafenen dankend abgelehnt. J.693

**Allgemeiner Deutscher Sprachverein**  
(Zweigverein Karlsruhe).

**Vortrag**

des Herrn Hauptlehrers B. Schwarz am **Freitag den 23. April 1909, abends 7/9 Uhr**, im **großen Rathhauseaal** über:

**Briefwechsel im 17. Jahrhundert.**

Jedermann ist freundlichst eingeladen. Eintritt frei.

**Handels-Hochschulkurse Karlsruhe**

veranstaltet vom Kaufmännischen Verein Karlsruhe mit Unterstützung der Stadtgemeinde, der Großh. Technischen Hochschule und der Handelskammer.

**Sommer-Semester 1909.**

Beginn 26. April 1909. Dauer: 10 Lehrwochen; in der Pfingstwoche wird nicht gelesen.

Die Vorlesungen finden in der Technischen Hochschule statt und beginnen pünktlich 8 1/2 Uhr abends.

**I. Volkswirtschaftslehre:** Äußere Handelspolitik (Zollpolitik). — Dozent: Herr Professor Dr. von Zwiedineck-Südenhorst von der Technischen Hochschule Karlsruhe. Jeden Dienstag, abends 8 1/2 Uhr. Beginn 27. April.

**II. Rechts- und Staatswissenschaft:** Soziale Gesetzgebung I. — Dozent: Herr Baurat Dr. Fuchs von der Gr. Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues. Jeden Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr. Beginn 29. April.

**III. Spezialgebiete der Warenherstellung:** Elektro-Chemische Produkte und Metalle. — Dozenten: Die Herren Professor Dr. F. Haber und Dr. Paul Askenasy von der Technischen Hochschule in Karlsruhe. Jeden Montag, abends 8 1/2 Uhr. Beginn 26. April. J.485

Zum Besuch der Vorlesungen sind alle Kaufleute — auch Frauen — berechtigt, die das 17. Lebensjahr vollendet haben; eine entsprechende Vorbildung wird vorausgesetzt.

Ferner sind zum Besuche zugelassen: Lehrer, Beamte wirtschaftlicher Betriebe des Reiches, des Staates und der Stadt. Über Zulassung anderer Personen entscheidet auf schriftlichen Antrag das Kuratorium.

Die Besuchsgebühren betragen für das Sommersemester:

	Für Angestellte:	Für Prinzipale, Direktoren, Prokuristen, sowie für Nichtkaufleute:
1) Für sämtliche Kurse	M. 8.—	M. 14.—
2) Für einen Semesterkurs	M. 3.—	M. 5.—

Anmeldungen gegen Vorauszahlung der Besuchsgebühr werden in folgenden Buchhandlungen entgegengenommen: **A. Bielefeld's Hofbuchhandlung, Wilh. Jahraus, E. Kundt, J. Linck's Buchhandlung.**

Karlsruhe, April 1909.

**Das Kuratorium.**

**Bekanntmachung.**

Indem wir zur öffentlichen Kenntnis bringen, daß bei der am 16. ds. Mts. vorgenommenen Verlosung der **3 1/2 %igen städt. Obligationen vom Jahre 1895**, welche auf 1. November d. J. zur Rückzahlung gelangen, die unten bezeichneten Nummern gezogen worden sind, bemerken wir gleichzeitig, daß die Einlösung sowohl der fälligen Coupons als der rückzahlbaren Obligationen stattfindet:

bei der **Stadtkasse zu Pforzheim,**  
" **Direktion der Diskontogesellschaft in Berlin,**  
" dem **Bankhause F. Reichröder in Berlin und**  
" **Veit F. Homburger in Karlsruhe**

stattfindet.

Gezogen wurden von J.688  
Litera A. 32, 149, 218, 288, 294.  
" B. 104, 163, 164, 166, 167, 257, 259, 496, 497, 498, 640, 695, 1001, 1230, 1293, 1295, 1373, 1380, 1430, 1476.  
" C. 146, 223, 237, 242, 319, 518, 662, 783, 861, 954, 1057, 1058, 1271, 1280.  
" D. 269, 407, 422, 439, 556, 557, 566, 567, 652, 802.  
" E. 113, 256, 262, 358, 441, 442.

Pforzheim, den 17. April 1909.

**Der Stadtrat:**  
Dr. Schweidert.

Giliard.

**Bekanntmachung.**

Indem wir zur öffentlichen Kenntnis bringen, daß bei der am 16. ds. Mts. vorgenommenen Verlosung von nachstehenden, am 1. November ds. J. zur Rückzahlung gelangenden städtischen Obligationen die beigezeichneten Nummern gezogen worden sind, bemerken wir gleichzeitig, daß die Einlösung sowohl der fälligen Coupons als der rückzahlbaren Obligationen in **Pforzheim** bei der **Stadtkasse** und beim **Bankverein**, in **Karlsruhe** bei den Herren **Straus & Cie.**, in **Frankfurt a. M.** bei der **Dresdner Bank** stattfindet. Es wurden gezogen:

**1. Von den 3 1/2 % städtischen Obligationen vom Jahre 1883:**  
Litera A. 18, 43.  
" B. 58, 91, 105, 115, 232, 379, 380, 434, 474, 475.  
" C. 65, 79, 83, 234, 276, 345, 396, 410, 458, 459, 460, 654, 738, 756, 875, 921, 956, 957, 958, 998.  
" D. 55, 61, 71, 99, 191, 252, 261, 319, 320, 326, 401, 486, 489.  
" E. 2, 57, 134, 135, 235, 269, 276, 289, 295, 348, 432, 465, 466, 500.

**2. Von den 3 1/2 % städtischen Obligationen vom Jahre 1885:**  
Litera A. 2.  
" B. 89, 114, 115, 134, 162, 263, 357, 359.  
" C. 458, 465, 466, 645, 677, 678, 679.  
" D. 745, 816, 866, 875, 879, 891.  
" E. 1031, 1035, 1036, 1037, 1038, 1039, 1040.

**3. Von den 3 1/2 % städtischen Obligationen vom Jahre 1888:**  
Litera A. 15, 30.  
" B. 84, 87, 234, 235, 236, 329, 399, 400, 401, 402.  
" C. 518, 519, 537, 598, 605, 619, 620, 643.  
" D. 828, 829, 843, 844, 875.  
" E. 1037, 1075.

Von den in früheren Jahren gezogenen Obligationen sind folgende Stücke noch nicht eingelöst:

vom Jahre 1883 Litera D. 222,  
" " " " C. 304,  
" " " " C. 663.

Pforzheim, den 17. April 1909.

**Der Stadtrat:**  
Dr. Schweidert.

Giliard.

J.687

**Bekanntmachung.**

Indem wir zur öffentlichen Kenntnis bringen, daß bei der am 16. d. M. vorgenommenen Verlosung der **3 1/2 %igen städtischen Obligationen vom Jahre 1898**, welche auf 1. November ds. J. zur Rückzahlung gelangen, die unten bezeichneten Nummern gezogen worden sind, bemerken wir gleichzeitig, daß die Einlösung sowohl der fälligen Coupons als der rückzahlbaren Obligationen

bei der **Stadtkasse zu Pforzheim,**  
" dem **Bankgeschäft Carl Schmidt & Co. in Pforzheim,**  
" **D. Dreyfus & Cie in Frankfurt a. M.**

stattfindet.

Gezogen wurden von  
Litera A. 112, 124, 194.  
" B. 21, 64, 68, 199, 200.  
" C. 86, 85.  
" D. 50, 100.

Von den in früheren Jahren gezogenen Obligationen ist **Litera A 83** noch nicht eingelöst.

Pforzheim, den 17. April 1909.

**Der Stadtrat:**  
Dr. Schweidert.

Giliard.

J.689

**Bekanntmachung.**

Indem wir zur öffentlichen Kenntnis bringen, daß bei der am 16. ds. Mts. vorgenommenen Verlosung der **4 %igen städtischen Obligationen vom Jahre 1899**, welche auf 1. November d. J. zur Rückzahlung gelangen, die unten bezeichneten Nummern gezogen worden sind, bemerken wir gleichzeitig, daß die Einlösung sowohl der fälligen Coupons als der rückzahlbaren Obligationen stattfindet:

**1. bei der Stadtkasse zu Pforzheim,**  
**2. " " Generaldirektion der Seehandlungs - Societät in Berlin,**  
**3. " " Dresdner Bank, Berlin,**  
**4. " " Ephraim Meyer & Sohn zu Hannover,**  
**5. " " Straus & Cie. zu Karlsruhe,**  
**6. " " der Süddeutschen Bank in Mannheim,**  
**7. " " Robert Bloch zu Pforzheim.**

Es wurden gezogen von:  
Litera A. 65, 146, 210, 241.  
" B. 65, 66, 152, 194, 286, 404, 410, 411, 460, 543, 797, 798, 833, 834, 923, 1021, 1022, 1102, 1177, 1674.  
" C. 147, 148, 333, 339, 443, 583, 584, 664, 665, 879, 880, 881, 882, 955, 999, 1000, 1071, 1104, 1239, 1448.  
" D. 4, 32, 109, 110, 284, 359, 392, 394, 395, 435, 436, 594, 618, 619, 737, 738, 759, 797, 824, 863, 879, 960, 973, 1073.

Von den in früheren Jahren gezogenen Obligationen sind folgende Stücke noch nicht eingelöst:

Litera B. 1605.  
" C. 195, 383.  
" D. 271, 514, 686.

Pforzheim, den 17. April 1909.

**Der Stadtrat:**  
Dr. Schweidert.

Giliard.

J.690

**Bekanntmachung.**

Indem wir zur öffentlichen Kenntnis bringen, daß bei der am 16. ds. Mts. vorgenommenen Verlosung der **4 %igen städtischen Obligationen vom Jahre 1901**, welche auf 1. November ds. J. zur Rückzahlung gelangen, die unten bezeichneten Nummern gezogen worden sind, bemerken wir gleichzeitig, daß die Einlösung sowohl der fälligen Coupons als der rückzahlbaren Obligationen stattfindet:

**1. bei der Stadtkasse in Pforzheim.**  
**2. " " Filiale der Dresdner Bank in Mannheim.**  
**3. " " Dresdner Bank in Berlin.**  
**4. " dem Bankhause von L. & C. Wertheimer in Frankfurt a. M.**

Es wurden gezogen von

Litera A. 49, 101, 106, 181, 247, 353, 356, 388.  
" B. 99, 120, 193, 325, 326, 373, 433, 546, 552, 625, 710, 715, 1000, 1001, 1386, 1469, 1470, 1683, 1771, 1772, 1905, 1993.  
" C. 18, 195, 226, 247, 248, 319, 360, 541, 647, 648, 802, 803, 913, 980, 1103, 1104, 1230, 1375.  
" D. 42, 75, 76, 122, 123, 543, 544, 573, 852, 853, 951, 952, 953, 1144, 1208, 1249, 1322, 1435.

Von den in früheren Jahren gezogenen Obligationen sind folgende Stücke noch nicht eingelöst:

Litera A. 591.  
" B. 189, 372, 756, 966.  
" C. 342.  
" D. 360.

Pforzheim, den 17. April 1909.

**Der Stadtrat:**  
Dr. Schweidert.

Giliard.

J.691

**Fahrrad-Reparaturwerkstätte**  
**P. Eberhardt**

Amalienstr. 18, Tel. 1304

empfehlen sich zur Übernahme sämtlicher Reparaturen an Fahrrädern aller Systeme. — Zur gründlichen Reinigung und Instandsetzung steht beste Gelegenheit. — Emailierung, Vernickelung. — Neue Pneumatik und Zubehörteile allerbillig. — Freilauf-Einrichtung für alle Fabrikate. Die Räder werden abgeholt und wieder aufgestellt. Alle Aufträge werden prompt erledigt. X.240

**Mannheimer Maimarktlotterie**  
**Ziehung am 5. Mai 1909.**

2000 Gewinne M. 6000, 3500 u. s. w. zus. **50000** Mark  
Tiergewinne mit 80 resp. 75 % bar, Silberpreise mit vollem Goldbetrag **auszahlbar.**

Lose à 1 Mark, 11 Stück 10 Mark, J.334 Porto und Liste 25 Pfg.

**Carl Götz,**

Lederhandlung und Bankgeschäft  
Hebelstraße 11/15 **Karlsruhe.**

**Stühle**

werden dauerhaft geflochten und repariert. Stuhlflechterei  
**Fr. Ernst, Adlerstraße 3.**

**Patentanwaltsbureau Karlsruhe**  
**C. Kleyer,**  
Kriegstraße 77 **Telephon 1303**

**Strafrechtspflege.**

**Labung.**  
J.613.3. **Pfullendorf.** Der **Fladener Anton Weib**, geboren am 11. Mai 1883 zu Klein Schönach, zuletzt daselbst wohnhaft, ledig, katholisch, dessen Aufenthalt unbekannt ist, und welchem zur Last gelegt wird, daß er als beurlaubter Reservist an nicht festgestelltem Tage aus Klein Schönach ausgewandert sei, ohne von seiner bevorstehenden Auswanderung der Militärbehörde Anzeige erstattet zu haben, Abtretung gegen § 360 Biff. 3 R. St. G. B., wird auf Anordnung des Großherzoglichen Amtsgerichts hier selbst auf

**Freitag, den 27. August 1909,**

**vormittags 9 1/2 Uhr,**

vor das Großherzogliche Schöffengericht Pfullendorf zur Hauptverhandlung geladen. Auch bei unentschuldigtem Ausbleiben wird zur Hauptverhandlung geschildert werden.

Pfullendorf, den 14. April 1909.

**Roll,**

Gerichtsschreiber Großh. Amtsgerichts.

**Vermischte Bekanntmachungen.**

**Kohlenlieferung.**

Die Lieferung unseres Bedarfs an Kohlen, und zwar:  
120 000 kg Ia Ruhrschiffkohle,  
100 000 kg Ia Ruhrschiffkohle,  
10 000 kg Ia Anthrazitkohle,  
soll im Angebotsverfahren vergeben werden. J.671

Die Lieferungsbedingungen können auf unserem Geschäftszimmer, sowie auf demjenigen der Großh. Amtsstufe **Mannheim-Stadt** eingesehen werden. Bewerber um die Lieferungen haben in ihrem Angebot die Bedingungen ausdrücklich anzuerkennen. Die Lieferungen verstehen sich frei Station **Mingolsheim.**

Die Angebote sind mit entsprechender Aufschrift versehen, bis spätestens **Mittwoch den 5. Mai d. J., vormittags 11 Uhr**, um welche Zeit die Eröffnung der Angebote stattfindet, an die Großh. Verwaltung des polizeilichen Arbeitshauses **Kislau** einzuliefern.

Die Zuschlagsfrist beträgt 14 Tage. **Kislau**, den 17. April 1909.  
Großh. Verwaltung des polizeilichen Arbeitshauses.

**Drahtgeflechtiefriedigungen.**

Das Liefern und Aufstellen einer beiläufig 674 Meter messenden Drahtgeflechtiefriedigung für die Vorgärten und das Gartengelände bei den Hochbauten an der **Nammersweierstraße** hier haben wir nach Maßgabe der Finanzministerialverordnung vom 3. Januar 1907 im Wege öffentlicher Verdingung zu vergeben.

Die Zeichnungen und Bedingungen können auf unserem Hochbauamt **Rheinstraße Nr. 4** eingesehen werden, wofür auch die Abgabe der Angebotsformulare erfolgt. J.529.2

Die Angebote sind verschlossen, postfrei und mit der Aufschrift **Drahtgeflechtiefriedigung** versehen, bis längstens **Mittwoch, den 28. d. M., vormittags 10 Uhr**, anher einzuliefern. — Zuschlagsfrist 2 Wochen.  
Offenburg, den 15. April 1909.  
Großh. Bauinspektion II.